
669/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 21.01.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Meri Disoski, David Stögmüller, Freundinnen und Freunde

betreffend Zusammenarbeit mit dem iranischen Regime auf allen Ebenen sofort stoppen

BEGRÜNDUNG

Seit dem 28. Dezember 2025 protestieren die Menschen im Iran erneut gegen massive Unterdrückung durch das iranische Regime und gegen die wirtschaftlich desaströse Lage. Enorme Inflation, Geldentwertung, fehlender Spielraum für Investitionen und weit verbreitete Korruption sind die jüngsten Auslöser für den Aufstand gegen das mörderische Mullah-Regime. Trotz massiver Repression und großer Risiken für Leib und Leben gehen die Menschen mutig auf die Straße, um ihren Protest auszudrücken.

Die Demonstrierenden kommen aus allen gesellschaftlichen Schichten: Wirtschaftstreibende, Studierende, Arbeiter:innen, Menschenrechtsaktivist:innen, Gewerkschafter:innen, Lehrer:innen und Schüler:innen. Hunderttausende aus unterschiedlichsten Provinzen fordern ein Ende der Islamischen Republik. Sie treten ein für Selbstbestimmung, ein freies Leben und machen erneut deutlich, wie stark die Bevölkerung unter diesem Regime gelitten hat – und noch immer leidet.

Die iranischen Behörden haben mit einer derartigen Brutalität reagiert, und ein Blutbad an der eigenen Bevölkerung angerichtet, dass nach offiziellen Angaben seither mehr als 2.000 Menschen bei den aktuellen Protesten getötet worden sind. Am 19.1.2026 sprach ein Regierungsvertreter erstmals von über 5.000 Toten. Die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich höher, Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen gehen von bis zu 12.000 Ermordeten aus. Nach der britischen Zeitung *The Sunday Times* sollen zwischen 16.500 und 18.000 Menschen getötet worden sein. Die Zahlen stützen sich auf Auswertungen von Mitarbeitern in Kliniken und Notaufnahmen im Iran. Bis zu 360.000 Menschen sollen verletzt worden sein. Bislang soll es laut der iranischen Justiz noch keine Todesurteile und Hinrichtungen in Zusammenhang mit den Protesten gegeben haben.

Die anhaltende Internetsperre macht es nach wie vor schwierig, einen Überblick über die gesamte Lage im Iran zu erhalten. Eine Internetsperre war auch schon in vergangenen Jahren ein beliebtes Mittel des Regimes, um Proteste ohne schnelle Verbreitung von Bildern und Nachrichten brutal niederzuschlagen. Dieses bewusst eingesetzte Repressionsinstrument verschärft die Brutalität des Vorgehens des Regimes erheblich und muss als solche klar benannt und sanktioniert werden. Sollte das Internet im Iran wieder frei verfügbar sein und das volle Ausmaß der Brutalität sichtbar werden – und sollte das Mullah-Regime beginnen, Todesurteile zu vollstrecken – könnten die Proteste erneut an Intensität gewinnen.

Die Internationale Gemeinschaft muss handeln, und zwar schnell: Es braucht striktere und mehr Strafmaßnahmen gegen das iranische Regime. Das Vermögen der iranischen Eliten, die das Regime unterstützen, muss so schnell wie möglich eingefroren werden. Die Revolutionsgarden müssen auf die EU-Terrorliste gesetzt werden. Österreich muss alles daran setzen, um die zögernden EU-Staaten zu überzeugen, diesen Schritt zu setzen.

Es braucht auch auf nationaler Ebene schnelle, effektive Maßnahmen, um dem Regime im Iran klar zu machen, dass es keine Zusammenarbeit mehr mit ihnen gibt. Die Europäische Union und Österreich können zumindest mit diesem eindeutigen Signal die mutigen Menschen im Iran unterstützen, die unter Einsatz ihres Lebens für Demokratie, Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben kämpfen.

Das iranische Regime muss nicht nur für seine massiven Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land verantwortlich gemacht werden. Es stellt auch eine ernsthafte Sicherheitsbedrohung für Europa und Österreich dar. Wien ist das Einfallstor für iranische Aktivitäten zur Unterstützung des iranischen Regimes: Die Liste der dem iranischen Staat zurechenbaren Aktivitäten auf österreichischem Boden ist lang. Sie reicht von Spionage und Überwachung von Exil-Oppositionellen über Einschüchterung und Drohungen bis hin zu terroristischen Netzwerken.

Wien fungiert dabei nicht nur als diplomatisches, sondern auch als wirtschaftliches Einfallstor für das iranische Regime. Von hier aus operieren Firmennetzwerke, die gezielt zur Umgehung internationaler Sanktionen aufgebaut wurden und europaweit aktiv sind. Diese Strukturen stärken das Regime finanziell und unterlaufen internationale Bemühungen, Menschenrechtsverletzungen und sicherheitspolitische Bedrohungen wirksam zu adressieren.

Wer hier wirklich ansetzen will, muss den Handlungsspielraum dieses Regimes einschränken. Eine effektive Maßnahme ist, die bilateralen diplomatischen Beziehungen auf ein strikt konsularisches Minimum zu reduzieren. Das wahrt grundlegende staatliche Funktionen, entzieht aber gleichzeitig jenen Strukturen den Schutz, die für Einflussnahme, Spionage und Einschüchterung missbraucht werden.

Außerdem braucht es ein konsequentes Vorgehen gegen von Wien aus operierende iranische Firmennetzwerke, die zur Umgehung internationaler Sanktionen genutzt werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert,

- auf europäischer Ebene so schnell wie möglich eine Terror-Listung der iranischen Revolutionsgarden herbeizuführen und Initiativen zu starten, um die nötige Mehrheit für diesen Beschluss zu erlangen;
- den iranischen Botschafter sowie alle politisch verantwortlichen offiziellen Vertreter, den Militärattaché und andere für Überwachung, Verfolgung und Spionage verantwortliche Botschaftsangehörige des islamistischen Terror-Regimes unverzüglich auszuweisen;
- auf europäischer Ebene alle zur Verfügung stehenden Gesprächskanäle zu nutzen, um eine gemeinsame Erklärung zu erlangen, dass alle EU-Staaten die diplomatischen Vertreter:innen des Mullah-Regimes ausweisen werden;
- die bilateralen diplomatischen Beziehungen zum iranischen Regime auf ein strikt konsularisches Minimum zu reduzieren;
- dem Nationalrat regelmäßig Bericht in zusätzlichen Austauschformaten neben den üblichen Sitzungen über die Maßnahmen der österreichischen Regierung sowie der Europäischen Union gegen das iranische Regime zu erstatten;
- die Förderung der freiwilligen Rückkehr in den Iran einzustellen, solange das iranische Regime die Repressionen in diesem Ausmaß fortführt;
- weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sein/ihr entschlossenes Engagement fortzusetzen, gegen die systematische Unterdrückung von Minderheiten, sei es religiös oder ethnisch, sowie gegen die Unterdrückung

von Frauen, LGBTIQA+ und all jenen, die tagtäglich für Freiheit und Demokratie im Iran kämpfen, und seit nahezu einem halben Jahrhundert schwerer staatlicher Repression ausgesetzt sind;

- alle einschlägigen Unternehmensbeteiligungen, Finanzströme und Handelsbeziehungen mit direktem oder indirektem Iran-Bezug sofort zu überprüfen;
- Schlupflöcher im österreichischen Unternehmens- und Finanzrecht zu schließen, die es dem iranischen Regime ermöglichen, wirtschaftliche Aktivitäten unter dem Deckmantel legaler Firmenstrukturen fortzuführen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Außenpolitischen Ausschuss vorgeschlagen.